## Flossbach von Storch RESEARCH INSTITUTE



Köln, den 7. Juli 2017

Kommentar zu Wirtschaft und Politik

# Ungleichheit und Wirtschaftswachstum?

von Norbert F. Tofall

- ❖ Angeblich haben Länder mit höherer Einkommensungleichheit ein geringeres Wirtschaftswachstum. Ungleichheit wirke als Wachstumshemmnis, weil der private Konsum geschwächt werde.
- ❖ Aber ist nur der Konsum ein Treiber des Wachstums? Spielen Investitionen keine Rolle?
- ❖ Die Fokussierung auf einzelne Wachstumstreiber zeigt, daß das Thema Ungleichheit in vielfältigen Bezügen als Vehikel zur Durchsetzung von Gruppeninteressen genutzt werden kann.

Sowohl die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris als auch der Internationale Währungsfonds (IWF) in Washington haben in den letzten Jahren Beiträge zum Verhältnis von Ungleichheit und Wirtschaftswachstum veröffentlicht. Auf der Grundlage von empirischen ökonometrischen Analysen und sogenannten Simulationsrechnungen wird behauptet daß Länder mit höherer Einkommensungleichheit ein geringeres Wirtschaftswachstum und kürzere Wachstumsphasen aufweisen würden als Länder mit geringerer Einkommensungleichheit.

Zwischen 1990 und 2010 hätte das Wirtschaftswachstum in Deutschland und anderen Ländern um ein Fünftel höher sein können, wenn sich in diesem Zeitraum die Einkommensungleichheit nicht erhöht hätte. Diese Analysen sind vielfach kritisiert worden,<sup>2</sup>

Siehe OECD: In It Together: Why Less Inequality Benefits All, Paris 2015; ERA DABLA-NORRIS; KALPANA KOCHHAR; NUJIN SUPHAPHIPHAT; FRANTISEK RICKA; EVRIDIKI TSOUNTA: "Causes and Consequences of Income Equality: A Global Perspektive", in: IMF Staff Discussion Note 15 (13), Washington D.C. 2015; FEDERICO CINGANO: Trends in Income Inequality and its Impact on Economic Growth, OECD Social, Employment and Migration Working Papers, No. 163, Paris 2014.

Mit ausführlichem Literaturüberblick siehe GALINA KOLEV; JUDITH NIEHUES: The Inequality-Growth Relationship. An Empirical Reassessement, Working Paper Version; IW-Report 7/2016 sowie MARTIN BEZNOSKA, RALPH HENGER ET AL.: Faktencheck Gerechtigkeit und Verteilung: eine empirische Überprüfung wichtiger Stereotype, IW-Report 29/2016. Allgemein zur ökonomischen Entwicklung und Wachstum siehe ERICH WEEDE: "Economic

weshalb der behauptete Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit und Wirtschaftswachstum höchst strittig bleibt.

Einkommensungleichheit wirke als Wachstumshemmnis, weil der private Konsum geschwächt werde. Reiche konsumieren einen geringeren Anteil ihres Einkommens als Arme. Darüber hinaus verringerten sich die privaten Ausgaben für Bildung. Einkommensschwache Haushalte könnten weniger in Bildung investieren, was zu einer Schwächung des Humankapitals und zu einem geringeren gesamtwirtschaftlichen Wachstumspotential führe.<sup>3</sup>

Betrachtet man diese beiden Argumentationsstränge genau, so sticht ins Auge, daß im ersten Argumentationsstrang der private Konsum als Wachstumstreiber herausgestellt wird, die privaten Investitionen und deren gesamtwirtschaftliches Wachstumspotential jedoch vernachlässigt werden. Im zweiten Argumentationsstrang, der auf die Entwicklung des Humankapitals abstellt, sind die Investitionen jedoch zentral. Ein Schelm, der Böses dabei denkt und nun rabulistisch argumentieren würde, daß sich unter der Annahme, daß der Konsum für das Wachstum wichtiger sei als die Investitionen, das Wirtschaftswachstum doch auch dadurch steigern lasse, indem man auf Bildungsinvestitionen zugunsten von Party und Rabatz und anderen exzessiven Konsumausgaben verzichte. Denn schließlich gelte nach Keynes: "In the long run we are all dead."

Aber Spaß beiseite: An der selektiven Fokussierung auf mögliche Wachstumstreiber zeigt sich, wie das Thema Ungleichheit in vielfältigen Bezügen als Vehikel genutzt werden kann, um in demokratischen Entscheidungsprozessen Sonderinteressen einzelner gesellschaftlicher Gruppen durchzusetzen.

Nehmen wir zugunsten der Autoren dieser Studien und Simulationsrechnungen an, daß das gar nicht ihre Absicht ist. Auffällig bleibt dann trotzdem, daß im ersten Argumentationsstrang stillschweigend unterstellt wird, daß sich die Nachfrage nach Kapitalgütern

Development and Growth", in: MASAMICHI SASAKI; JACK GOLDSTONE; EKKART ZIMMERMANN; STEPHEN K. SANDERSON (Ed.): Concise Encyclopedia of Comparative Sociology, Leiden, Boston 2014 sowie ERICH WEEDE: "Wachstum und Verteilung in einer globalisierten Welt", in: TILMAN MAYER; ROBERT MEYER; LAZAROS MILIOPOULOS; H.PETER OHLY, ERICH WEEDE (Hrsg.): Globalisierung im Fokus von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Eine Bestandsaufnahme, gesis – Leipzig-Institut für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Vgl. René Bormann; Fedor Ruhose; Achim Tuger: Bekämpfung der Ungleichheit. Rückbesinnung auf den Kern sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO Direkt 16/2017, S. 2.

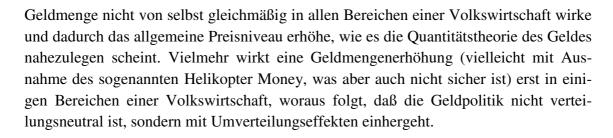
(Investitionen) im Verhältnis zur Nachfrage nach Konsumgütern verändert. Man müsse also nur die Konsumnachfrage steigern, dann steigere sich auch die Nachfrage nach Kapitalgütern, also die Höhe der Investitionen, und dadurch das gesamtwirtschaftliche Wachstumspotential.

Bereits 1932 wies der spätere Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek in seinem Aufsatz "Kapitalaufzehrung" darauf hin, "daß Konsumieren und Investieren Alternativen sind und daß man nicht gleichzeitig mehr konsumieren und die Konsumtion zum Zweck der Vermehrung des Stocks von Zwischenprodukten aufschieben kann. Da die Produzenten von Kapitalgütern keine Möglichkeit haben, ihre Nachfrage von Produktionsmitteln im Verhältnis zur Steigerung der Nachfrage nach Konsumgütern auszudehnen, muß diese eine Umleitung der Produktion in der Richtung jener Güter hervorrufen, die schnell fertiggestellt werden können. Das bedeutet jedoch nicht nur, daß die vorhandenen Arbeitskräfte nun anders verwendet werden, sondern auch, daß ein Teil der vorhandenen Zwischenprodukte auf kürzerem – und weniger ergiebigem – Weg der Konsumtion dienstbar gemacht wird als ursprünglich beabsichtigt war, und ein Teil der aufgebrauchten Zwischenprodukte nicht mehr ersetzt wird. Dies ist aber nichts anderes als der Prozeß der Kapitalaufzehrung."

Durch Kapitalaufzehrung sinken jedoch die Produktivität und das gesamtwirtschaftliche Wachstumspotential und damit die Möglichkeiten für Reallohnsteigerungen. Erschwerend kommt hinzu, daß wir uns aufgrund der Geld- und Niedrigzinspolitik der Zentralbanken seit 2007/2008 ohnehin bereits in einem Prozeß der Kapitalaufzehrung mit der Folge geringerer Produktivität und geringerem Potentialwachstum befinden könnten. Die Investitionsschwäche in den westlichen Industrienationen sollte deshalb sehr ernst genommen werden.

Trotzdem wird der Einfluß der Geld- und Niedrigzinspolitik der Zentralbanken auf das Wirtschaftswachstum in den Studien der OECD und des IWF ebenso wenig problematisiert wie der Einfluß der Geld- und Niedrigzinspolitik auf die Einkommensungleichheit. Dabei hatte Richard Cantillon bereits 1755 herausgearbeitet, daß eine Erhöhung der

FRIEDRICH AUGUST VON HAYEK: "Kapitalaufzehrung" (1932), in: FRIEDRICH A. VON HAYEK: Geld und Konjunktur, Band II: Schriften 1929 - 1969, herausgegeben von Hansjörg Klausinger, Tübingen 2016, S. 193 – 215, hier S. 199 – 200.



Während es also durchaus Effekte der heutigen Geld- und Zinspolitik der Zentralbanken auf die Einkommensungleichheit und das Wirtschaftswachstum gibt, ist die Beziehung zwischen Ungleichheit und Wachstum höchst vage. Sicher ist jedoch, daß die Aussage "Ungleichheit wirkt als Wachstumshemmnis" allein mit Blick auf die egalitäre Gesellschaft Nord-Koreas keine Allgemeingültigkeit beanspruchen kann.

### Flossbach von Storch RESEARCH INSTITUTE



#### **RECHTLICHE HINWEISE**

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen und zum Ausdruck gebrachten Meinungen geben die Einschätzungen des Verfassers zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Angaben zu in die Zukunft gerichteten Aussagen spiegeln die Ansicht und die Zukunftserwartung des Verfassers wider. Die Meinungen und Erwartungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen Dokumenten der Flossbach von Storch AG dargestellt werden. Die Beiträge werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. (Mit diesem Dokument wird kein Angebot zum Verkauf, Kauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren oder sonstigen Titeln unterbreitet). Die enthaltenen Informationen und Einschätzungen stellen keine Anlageberatung oder sonstige Empfehlung dar. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen ist ausgeschlossen. Die historische Entwicklung ist kein verlässlicher Indikator für die zukünftige Entwicklung. Sämtliche Urheberrechte und sonstige Rechte, Titel und Ansprüche (einschließlich Copyrights, Marken, Patente und anderer Rechte an geistigem Eigentum sowie sonstiger Rechte) an, für und aus allen Informationen dieser Veröffentlichung unterliegen uneingeschränkt den jeweils gültigen Bestimmungen und den Besitzrechten der jeweiligen eingetragenen Eigentümer. Sie erlangen keine Rechte an dem Inhalt. Das Copyright für veröffentlichte, von der Flossbach von Storch AG selbst erstellte Inhalte bleibt allein bei der Flossbach von Storch AG. Eine Vervielfältigung oder Verwendung solcher Inhalte, ganz oder in Teilen, ist ohne schriftliche Zustimmung der Flossbach von Storch AG nicht gestattet.

Nachdrucke dieser Veröffentlichung sowie öffentliches Zugänglichmachen – insbesondere durch Aufnahme in fremde Internetauftritte – und Vervielfältigungen auf Datenträger aller Art bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch die Flossbach von Storch AG

© 2017 Flossbach von Storch. Alle Rechte vorbehalten.

#### **IMPRESSUM**

Herausgeber Flossbach von Storch AG, Research Institute, Ottoplatz 1, 50679 Köln, Telefon +49. 221. 33 88-291, <a href="mailto:research@fvsag.com">research@fvsag.com</a>; Vorstand Dr. Bert Flossbach, Kurt von Storch, Dirk von Velsen; Umsatzsteuer-ID DE 200 075 205; Handelsregister HRB 30 768 (Amtsgericht Köln); Zuständige Aufsichtsbehörde Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Marie-Curie-Straße 24 – 28, 60439 Frankfurt / Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn, <a href="mailto:www.bafin.de">www.bafin.de</a>; Autor Norbert F. Tofall; Redaktionsschluss 7. Juli 2017